

Freie, sichere und gerechte Städte

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit gestaltet eine nachhaltige europäische Sicherheitspolitik aus Sicht der Kommunen

Anna Rau & Moritz Konradi

Urbane Sicherheit ist ein breites Themenfeld, das infolge der Terroranschläge in europäischen Städten an Bedeutung gewonnen hat. Auch wenn die Gewährleistung von Sicherheit eine staatliche Aufgabe ist, sind Kommunen in der alltäglichen Arbeit zunehmend mit Sicherheitsfragen befasst. Die 250 europäischen Mitgliedskommunen des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit haben nun ein Manifest verabschiedet, in dem sie die aktuellen Herausforderungen für die städtische Sicherheit benennen und mit über 60 praktischen Empfehlungen die Kommunalverwaltungen in der Umsetzung von Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen konkret unterstützen.

Das Leben in der Stadt bietet vielerlei Vorzüge. Das dichte Nebeneinander von Wohnen, Freizeit- und Kulturangeboten, Einkaufsmöglichkeiten, Orten des Lernens und der Bildung, vielfältigen, Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch innerstädtischen Freiraum- und Naturangeboten sind Ausdruck urbanen Lebens.

Trotz der weltpolitischen Lage bieten die europäischen Städte ihren Bürgern Räume der Sicherheit, der Freiheit und des Wohlbefindens, die weltweit einzigartig sind. Im Rahmen des europäischen Projekts erfreuen sie sich der längsten Friedenszeit, die der Kontinent seit der Antike erlebt hat, und platzieren sich regelmäßig

unter den sichersten der Welt. Eine zunehmend wichtige Voraussetzung für ein friedliches und gerechtes Miteinander in Ballungsgebieten ist das Thema Sicherheit und Ordnung. Urbane Sicherheit umfasst eine große Vielfalt von Aufgaben, an deren Schaffung und Aufrechterhaltung eine Vielzahl von Akteuren beteiligt sind.

Ein Manifest für eine europäische Vision von urbaner Sicherheit

Das Manifest „Sicherheit, Demokratie und Städte: Zur Ko-Produktion von Politiken der urbanen Sicherheit“ ist ein politisches Dokument zur Sicherheit der Städte und Regionen in Europa und zugleich ein Aktionsplan für europäische Kommunen, der in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll. Es ist die inhaltliche und politische Grundlage der Zusammenarbeit der rund 250 Mitglieder des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) aus 16 europäischen Ländern.

Das Manifest ist das Ergebnis eines gemeinsamen Schreibprozesses und basiert auf den langjährigen praktischen Erfahrungen der EFUS-Mitglieder und dem gesamten umgebenden Netzwerk von Universitäten, europäischen und internationalen Organisationen sowie auf konkreten Empfehlungen aus Projekten und Arbeitsgruppen. Es vereint das Wissen und die Erfahrung aus der gemeinsamen Arbeit seit

1987 und folgt auf die früheren EFUS-Manifeste, welche in Neapel, Saragossa und Aubervilliers/Saint-Denis verabschiedet wurden

Das Manifest wurde von allen 800 Teilnehmern der sechsten EFUS-Konferenz „Sicherheit, Demokratie und Städte – Zur Ko-Produktion urbaner Sicherheit“ im November 2017 in Barcelona verabschiedet, deren zentrales Thema die Zusammenarbeit vielfältiger Akteure der städtischen Sicherheitspolitik war. Drei Tage lang versammelten sich lokale Mandatsträger, Vertreter der Polizei und der Justiz, Mitarbeiter des Freiwilligensektors, Wissenschaftler, Mitglieder der Zivilgesellschaft und Vertreter der Privatwirtschaft aus 130 Städten, 47 Ländern und fünf Kontinenten.

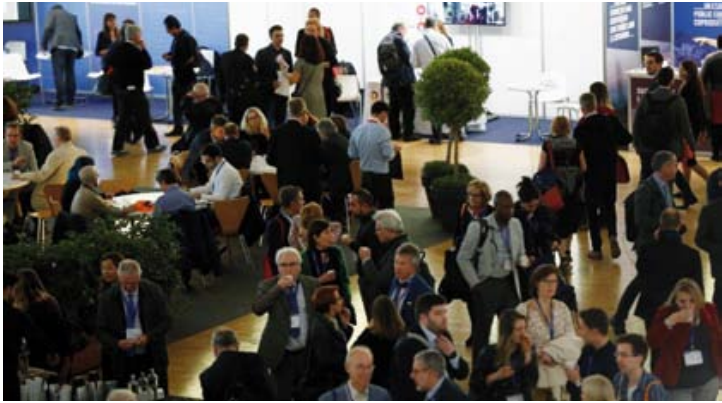
Der kooperative Entstehungsprozess des Dokuments und die breite Basis der praktischen Arbeit der Mitglieder machen das Manifest zu einer starken Stimme für urbane Sicherheit der Kommunen auf der nationalen, europäischen und internationalen Ebene.

„Dieses Manifest und die Arbeit der europäischen lokalen und regionalen Behörden zeigen, dass es möglich ist, eine europäische Vision der städtischen Sicherheit zu verwirklichen. EFUS legt die endgültige Fassung dieses Manifests den Regierungen und den europäischen und internationalen Institutionen vor. Praktisch und pragmatisch wird das Manifest eine Quelle der Inspiration und Unterstützung für europäische Städte und Regionen sein“, erläuterte Willy Demeyer, Präsident des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit und Bürgermeister der belgischen Stadt Lüttich.

Ein Leitfaden für die Gestaltung von urbaner Sicherheit vor Ort

Das Manifest ist ein politisches Projekt, das über 60 praktische Empfeh-





lungen und Willensbekundungen der Mitgliedstädte zu einem breiten Spektrum von Schwerpunktthemen der Kriminalprävention und der urbanen Sicherheit versammelt. Es bildet den Diskurs europäischer Kommunen zum Thema urbane Sicherheit ab und bietet den Kommunen zugleich Unterstützung und Inspiration.

Das Manifest funktioniert wie ein Leitfaden für die Aktivitäten und Maßnahmen lokaler und regionaler Behörden vor Ort. Nach einer einleitenden Bestandsaufnahme der europäischen Sicherheitspolitik aus Sicht der Städte versammelt es in zwölf thematischen Kapiteln Prioritäten, Absichtserklärungen und praktische Empfehlungen von und für die kommunale Sicherheitspolitik.

EFUS und seine Mitglieder arbeiten mit einer bewusst breiten Definition des Themenfeldes der urbanen Sicherheit. Diskriminierende Gewalt und Gewalt gegen Frauen, Suchtprävention, Organisierte Kriminalität und die Prävention von Radikalisierung gehören ebenso zu den Kernthemen wie Videoüberwachung, Bevölkerungsschutz und die bürgernahe Polizeiarbeit. Deswegen

ist ein integrativer Ansatz, der auf umfassenden lokalen Sicherheitsanalysen vor Ort beruht und regelmäßig evaluiert und angepasst wird, eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Gestaltung von Sicherheit in Städten.

Vom Zusammenhang zwischen Menschenrechten, sozialer Ungleichheit und urbaner Sicherheit

Die terroristischen Bedrohungen der letzten zehn Jahre und die damit verbundenen Forderungen der Bevölkerung nach Sicherheit setzt politische Entscheidungsträger unter Zugzwang. Die Bürgermeister der EFUS-Kommunen rufen dazu auf, der lähmenden Logik der Angst einen ganzheitlichen und optimistischen Ansatz der urbanen Sicherheit entgegenzustellen. Sie fordern, dass politisches Handeln, egal wie dringend, niemals die Achtung der Menschenrechte verletzen darf. Sicherheit ist ein grundlegendes Menschenrecht und zugleich Voraussetzung für ein Minimum an städtischer Lebensqualität.

Sie kann aber nur dann gelingen, wenn Sicherheit auf Grundlage der Menschenrechte gestaltet wird. Deshalb verbindet das Manifest alle Sicherheitsthemen unzertrennlich mit der Europäischen Charta der Menschenrechte.

Das Manifest steht dafür, dass Sicherheitspolitik auf der Achtung und Verteidigung der Grundrechte jedes Einzelnen, den rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien sowie dem Grundsatz des Wohlfahrtsstaates beruhen muss. In Europa sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten nach wie vor weit verbreitet. Kommunen und Städte müssen dem entgegenwirken und sich für faire und gerechte Städte einsetzen. Denn diese Ungleichheiten erzeugen Ressentiments und verschärfen die Polarisierung der Gesellschaft, die zu Gewalt, Kriminalität oder gewaltbereitem Extremismus führen können.

EFUS und seine Mitglieder plädieren deswegen dafür, dass Kommunen langfristige integrative Sicherheitsstrategien entwickeln und umsetzen, in denen Fragen des sozialen Zusammenhalts mit Maßnahmen der Prävention und der notwendigen Repression verbunden werden.

Bürgerbeteiligung als Schlüssel für urbane Sicherheit

In den letzten Jahren kam es in ganz Europa zu einer breiten Diversifizierung der an der Sicherheitspolitik beteiligten Akteure. Private Sicherheitsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie einzelne Bürger beanspruchen eine zunehmend wichtigere Rolle in diesem Feld.

Die Mitgliedskommunen von EFUS setzen sich dafür ein, dass alle diese Akteure nicht nur in die Umsetzung, sondern auch in die Gestaltung der Si-





cherheitspolitik, einbezogen werden. Die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt mit einzubeziehen ist der Schlüssel für unseren stabilen und hohen Sicherheitsstandard in Europa.

Dafür bedarf es neuer Mechanismen, die die Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt berücksichtigt: Insbesondere Frauen, Jugendliche, Senioren und Bevölkerungsgruppen, die von Marginalisierung und Diskriminierung betroffen sind, sollten nicht nur passive Ziele von Präventionsmaßnahmen sein, sondern eine aktive Rolle in der Gestaltung von urbaner Sicherheitspolitik spielen.

Im Rahmen der DEFUS-Mitgliederversammlung im Juni 2018 in Dresden

unterzeichneten die 15 deutschen EFUS-Mitglieder das Manifest, das die praktische sicherheitspolitische Arbeit vor Ort unterstützt und um eine europäische Perspektive erweitert.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Netzwerk von mehr als 250 lokalen und regionalen Körperschaften aus 16 Ländern Europas. EFUS bietet Städten und Regionen Raum und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Rahmen europäischer Projekte sowie ein gemeinsames Sprachrohr zur Vertretung kommunaler Interessen in der europäischen und

Anna Rau ist Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. Moritz Konradi ist Projektmanager in der Geschäftsstelle von EFUS in Paris.

Kontakt: defus@defus.de

internationalen Sicherheitspolitik. Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) ist die deutsche Sektion von EFUS und bietet den 15 deutschen Mitgliedern eine nationale Plattform für den fachlichen Austausch und gezielte Unterstützung. Weitere Informationen und Bestellung des Manifests unter www.efus.eu und www.defus.de.